

Autoritarismus im 21. Jahrhundert

Gedanken zu einem aktuellen politischen Phänomen

von Raimund Krämer

Die Antworten, die politische Regime weltweit auf die alten und neuen Herausforderungen geben, sie sind immer weniger demokratischer und immer mehr autoritärer Natur: Der institutionelle Wettbewerb, soweit es ihn überhaupt gab, wird eingeschränkt, die Regierenden nutzen die Macht der Apparate, um die Opposition zu marginalisieren; liberale Bürgerrechte werden gegen materiellen Wohlstand und ein Gefühl der Sicherheit getauscht; die konstitutionellen Rechte von Institutionen, vom Kabinett über das Parlament bis zu den Parteien, werden ausgehöhlt; staatliche oder parastaatliche Gewalt tritt im öffentlichen Raum an die Stelle friedlicher Konkurrenz; traditionelle Stammesstrukturen, die bereits zu Grabe getragen wurden, sind mit einem rohstoffhungrigen globalisierten Kapitalismus und im Antiterrorkampf auferstanden und gedeihen im Schatten hypermoderner Architektur; Monarchen überwintern im arabischen Frühling, *Caudillos* und *Cavalieri* inszenieren sich multimedial und Videokameras und Chipkarten aller Art lassen das Private, Kern jedes sinnhaften Freiheitsbegriffes, zur Farce werden. Die gegenwärtige Finanzkrise befördert diese Tendenzen. Die in der Europäischen Union seit ihrer Gründung grassierende Technokratisierung beschleunigt sich und es etabliert sich eine „Technokratidura“, die das viel zitierte „Demokratiedefizit der EU“ zum blanken Euphemismus werden lässt.

Diese Tendenzen finden wir im Süden und im Norden, im Osten wie auch im Westen. Sie haben unterschiedliche Ursachen, sind jedoch in ihrer Wirkung ähnlich: Abbau demokratischer und Stärkung autoritärer Politik. Gewiss ist diese Tendenz nicht überall so stark, dass sie zur bestimmenden wurde und über die Qualität des jeweiligen politischen Systems entscheidet. Jedoch gibt es heute, zu Beginn des Jahres 2012, viele politische Systeme, die trotz ihrer jeweiligen Besonderheiten in ihrer Grundstruktur als autoritär charakterisiert werden können. Und in ihnen lebt die Mehrzahl der Menschen der Welt.

In diesem Aufsatz soll diese globale Tendenz zum Autoritären skizziert werden, was in den folgenden, regional ausgerichteten Beiträgen konkretisiert wird.

Mit Linz und Loewenstein – Zum Begriff des autoritären Regimes

Im Jahre 1964 formulierte der spanische Soziologe Juan Linz sein wirkungsmächtiges Konzept moderner autoritärer Regime. Dies sind für ihn „politische Systeme mit begrenztem, nicht verantwortlichem politischen Pluralismus; ohne formulierte und leitende Ideologie (aber mit bestimmten Mentalitäten); ohne intensive oder extensive politische Mobilisierung (mit Ausnahme bestimmter Momente in der Entwicklung dieser Regime); und in denen ein Führer (oder manchmal auch eine kleine Gruppe) innerhalb formal ungenau bestimmter, aber ziemlich vorhersagbarer Grenzen die Herrschaft ausübt.“¹ Diese Bestimmung ist in ihrem historischen und wissenschaftstheoretischen Kontext zu lesen. Es ging in jener Zeit um die Charakterisierung bestimmter nichtdemokratischer Formen von Herrschaft jenseits des Totalitarismus. Die bipolare Welt hatte auch zur Dichotomie, wenn nicht gar zur apologetischen Vereinfachung, bei der Klassifizierung der politischen Welt geführt: Die Pole waren Demokratie und Totalitarismus. Sie dienten als Bezugspunkte und führten einerseits zu Varianten von „defekten“ Demokratien, ohne dass der heute gängige Begriff in jener Zeit genutzt wurde, wie z. B. „Fassadendemokratien“ oder „geführten Demokratien“, und andererseits zu Variationen totalitärer Herrschaft, wie z. B. des „gebremsten Totalitarismus“ oder des „unvollkommenen Totalitarismus“. Linz lehnte dies ab. Konkret ging es ihm um die Charakterisierung Spaniens unter Franco, ein ihm sehr nahestehendes Beispiel, dessen simplifizierende Kategorisierung in demokratisch bzw. totalitär – stets aus politischen Interessenlagen heraus – er nicht akzeptierte. Er wollte den Nachweis erbringen, dass es sich beim Franco-Regime um kein totalitäres Regime handelt. Linz, der gerade zum Behaviorismus konvertiert war, stützte sich in seiner Herangehensweise auf Gabriel Almond, der ein paar Jahre zuvor sowohl auf die „anerkannten“ Ele-

1 Linz, Juan J.: Ein autoritäres Regime: Der Fall Spanien, Potsdamer Textbücher 13. WeltTrends, Potsdam 2011, S. 19 f.

mente in diesen Regimen aufmerksam macht, d. h. einen bestimmten „Pluralismus“ feststellt, und zugleich konstatiert, dass autoritäre Regime – im Unterschied zu totalitären – dazu tendieren, „mehr stabil, entspannter zu sein“.² In seinem 1975 publizierten Text „Totalitarian and Authoritarian Regimes“ baut Linz seinen Artikel von 1964 aus. Er übernimmt die dortige Definition und differenziert seine Typologie. Linz versteht (moderne) autoritäre Regime als Typ sui generis, d. h. als eigenständigen, nicht abgeleiteten Typ politischer Herrschaft. Dies erfolgt primär in Abgrenzung zum Totalitarismus. Kriterien für die Bestimmung autoritärer Regime (in Abgrenzung zu totalitären Regimen) sind bei ihm: 1) Ein begrenzter Pluralismus der politischen Akteure, 2) Mentalitäten im Unterschied zu Ideologien und 3) keine beziehungsweise kaum Mobilisierung der Massen.³ Der Grundtyp des autoritären Regimes wird von Linz in verschiedene Untertypen, wie militär-bürokratische oder korporatistische Regime, aber auch „Rassendemokratien“ und „posttotalitäre Regime“, aufgeteilt. Dabei kann auch Linz nicht der Versuchung widerstehen, sein Konzept so weit als möglich auszudehnen, vielleicht sogar zu überdehnen.⁴ Sicherlich ist sein Konzept auch dem Zeitgeist der 1970er Jahre geschuldet, der z. B. traditionelle Herrschaftsstrukturen als „absterbend“ betrachtete, sodass Linz zwar auch „semitraditionelle“ Herrschaft und *Caudillismo* erfasst, diese Formen aber ausdrücklich nicht zu den von ihm diskutierten „modernen autoritären Regimen“ zählt.

Während der Soziologe Linz die deutsche sozialwissenschaftliche Literatur, ob Weber oder Michels, gut kannte und nutzte und in den USA auch engen Kontakt zu emigrierten deutschen Sozialwissenschaftlern wie Theodor Geiger hatte, nimmt er die vergleichenden Arbeiten von Karl Loewenstein nicht zur Kenntnis. Loewenstein, ein in die USA geflüchteter deutscher Verfassungsrechtler, schrieb 1957 ein Standardwerk der vergleichenden Politikwissenschaft: „Political Power and the Governmental Process“ (in Deutsch unter dem

2 Almond, Gabriel: Comparative Political Systems. In: The Journal of Politics 18, 1956: Zitiert nach: Linz 2011, S. 12 f.

3 Linz, Juan J.: Totalitäre und autoritäre Regime. Potsdamer Textbücher 4. WeltTrends, Potsdam 2009.

4 So werden von Linz sowohl „prätotalitäre“ als auch posttotalitäre – genauer poststalinistische – Phasen im Totalitarismus dem Autoritären zugeschlagen. Ich denke, auch im Totalitarismus finden wir Früh- und Spätphasen, die dem Grundtyp Totalitarismus, der im weberschen Sinne als Idealtypus verstanden wird, zuzuordnen sind.

irreführenden Titel „Verfassungslehre“ erschienen), in dem er die grundlegende Unterscheidung zwischen Autokratien und Konstitutionalismus macht. Für ihn steht die, auch die heutigen Debatten umtreibende, Frage nach der Unterscheidung zwischen autoritären und demokratischen Regimen im Mittelpunkt. Trotzdem geht die Wahrnehmung oder gar Auseinandersetzung mit Loewenstein in den aktuellen Diskussionen über Autoritarismus gegen null. Loewenstein charakterisiert autoritäre Regime als „eine politische Organisation, in welcher der alleinige Machttträger – eine Einzelperson, eine Versammlung, ein Komitee, eine Junta oder eine Partei – die politische Macht monopolisiert, ohne den Machtheadressaten eine wirksame Beteiligung an der Bildung des Staatswillens zu gestatten. Der alleinige Machthaber zwingt der Gemeinschaft seine politischen Grundentscheidungen auf, er ‚diktiert‘ sie den Machtheadressaten“.⁵ Das Kriterium seiner Typologie ist zutiefst politologisch: Der Staatsrechtler Loewenstein fragt nach der „tatsächlichen Machtausübung“. Ist die Macht „geteilt“ oder „konzentriert“? Ist die Macht bei *einem* Machttträger, dann ist das System autokratisch, und den Leser von heute erstaunt, welche Regime er dazu rechnet, so z. B. das französische unter General de Gaulle Ende der 1950er Jahre. Gibt es verschiedene – auch verfassungsmäßig gesicherte – Machttträger, dann spricht er von „konstitutionellen Regimen“. Innerhalb der Autokratie unterscheidet Loewenstein zwischen totalitären und autoritären Regimen, die er wiederum in die „Subtypen“ absolute Monarchie, plebiszitärer Cäsarismus und Neopräsidentialismus aufteilt.

Loewenstein gibt auch einen methodischen Hinweis hinsichtlich des auch heute immer wieder diskutierten Problems der „Mischformen“: „Diese Zwitterformen treten in unserer Zeit [der 1950er Jahre, RK] in zunehmendem Maße in Erscheinung, weil autokratische Regime sich durch Verwendung von vom Konstitutionalismus entliehenen Verfahren und Techniken zu tarnen pflegen [...] Da der Verfassungswortlaut in solchen Fällen bewusst missleitet, muss in jedem Falle eine empirische Analyse des tatsächlichen Machtprozesses vorgenommen werden.“⁶ Das klingt nicht nur aktuell, das ist es auch!

5 Loewenstein, Karl: Verfassungslehre. 2. Auflage. J.C.B. Mohr, Tübingen 1969, S. 53.

6 Loewenstein 1969, S. 28 f.

Dabei sollte auch ein weiterer Autor stärker als bisher bedacht werden: Max Weber und seine Überlegungen über den Idealtypus.⁷ Zu oft klebt man bei der Bestimmung an einer konkreten Empirie und kommt zu Hybriden ohne Ende. Dabei ist jedes politische Regime in jedem Moment ein Hybrid, d. h. es setzt sich aus verschiedenen Elementen zusammen, so z. B. der parlamentarischen Demokratie, des Bonapartismus und des Korporatismus, die ja wiederum selbst idealtypische Begriffe sind. Letztlich bedarf es der am Idealtypus orientierten qualitativen Bewertung, um den Grundcharakter eines Regimes, etwa demokratisch oder autoritär, zu bestimmen.

In diesem Sinne wird hier unter einem autoritären Regime ein politisches System verstanden, in dem trotz des Vorhandenseins anderer politischer und sozialer Kräfte die grundsätzlichen Entscheidungen von einem Herrschaftszentrum getroffen werden, wobei diese Entscheidungen sowohl mit legalen Mitteln (Gesetze, Gerichtsverfahren) als auch mittels nichtrechtlicher Formen der Gewaltanwendung (Repression) durchgesetzt werden; in denen die Machtheadressaten nur über geringe Möglichkeiten der freien Artikulation und selbstbestimmten Teilhabe verfügen, die zudem jederzeit zur Disposition stehen können, und in denen ein großer Teil der Bevölkerung über diffuse geistige Konzepte (Nationalismus, Sicherheit) in das System integriert wird. Als Herrschaftszentrum wird dabei ein Geflecht institutioneller, sozialer und individueller Machtträger definiert, das sich durch ein hohes Maß an Kohäsion auszeichnet und als eigenständiges Subjekt politischer Grundentscheidungen innerhalb des politischen Systems identifizierbar ist. Es kann aus der technokratisch orientierten Führung einer Partei mit den Spitzen des Geheimdienstes oder aus einem charismatischen Führer und seinen ehemals militärischen Gefolgsleuten bestehen. Wichtig ist, dass es zwar andere Akteure politischer Macht geben kann, wie Senat, Parteien oder eine Versammlung von Stammesältesten. Diese können berücksichtigt werden, ja langfristig müssen sie sogar beachtet werden, jedoch kön-

7 Es handelt sich dabei nach Weber um „[...] ein Gedankenbild, welches nicht die historische Wirklichkeit oder gar die ‚eigentliche‘ Wirklichkeit ist, welches noch viel weniger dazu da ist, als ein Schema zu dienen, in welches die Wirklichkeit als Exemplar eingeordnet werden sollte, sondern welches die Bedeutung eines rein idealen Grenzbegriffes hat, an welchem die Wirklichkeit zur Verdeutlichung bestimmter Bestandteile ihres empirischen Gehaltes gemessen, mit dem sie verglichen wird.“ Max Weber: Die „Objektivität“ sozialwissenschaftlicher Erkenntnis. Tübingen 1992, S. 238 f.

nen diese nicht Entscheidungen des Herrschaftszentrums wesentlich begrenzen oder gar aufheben. Es geht um jenes Phänomen, das Linz mit dem Begriff des „begrenzten Pluralismus“ erfasste – damals, mit Blick auf die unterschiedlichen Realitäten in totalitären und „anderen undemokratischen“ Regimen, das Plurale hervorhebend. Heute könnten wir den Begriff weiterhin nutzen, wenn wir das Begrenzte bzw. das Begrenzende in den vermeintlichen „demokratischen Regimen“ der Gegenwart deutlich(er) erfassen und versuchen, die Frage Loewensteins (Wer regiert tatsächlich?) zu beantworten.

Von Wellen und blinden Flecken in der Komparatistik

Samuel Huntington hatte vor mehr als 20 Jahren seine These von der „dritten Welle der Demokratisierung“ formuliert. Diese stieg zu einem neuen Glaubenssatz in der Politikwissenschaft, vor allem der vergleichenden, auf. Huntington hatte damit politische Entwicklungen in Süd- und Mittelamerika, Südostasien und Mittel- und Osteuropa umschrieben, die mit dem Rückzug der Militärs und mit dem Zusammenbruch eines totalitären Gesellschaftsmodells, des Realsozialismus, verbunden waren. Jedoch war diese Welle weder eine weltweite noch hatte sie die Stärke eines Tsunamis. Nachdem sie vorüber war, konnte man sehen – wenn man es wollte –, dass nicht alles Vergangene weggespült worden war. Bald zeigten sich die (alten) autoritären Strukturen und Politikmuster wieder. Dass dies oft mit neuen, meist jugendlichen Gesichtern und unter neuen, oft parlamentarischen Gewändern erfolgte, ändert daran wenig. Auch in der etablierten Politikwissenschaft kamen nun langsam Zweifel an dem neuen Glaubenssatz auf. Adjektive wie „defekt“, „illiberal“ oder „hybrid“ sollten diese nicht zu übersehenden „demokratischen Defizite“ benennen. Jedoch wurden sie weiterhin als Demokratien bezeichnet, um dem neuen historischen Determinismus zu huldigen. In den letzten Jahren jedoch setzte sich auch im komparativen Mainstream die Meinung durch, dass autoritäre Regime „keine aussterbende Gattung“ seien – zunächst in der US-amerikanischen Politikwissenschaft und jetzt auch hierzulande, wenn selbst Wolfgang Merkel von der Rückkehr der Diktaturen und vom „Ende der Euphorie“ spricht, einer Euphorie, die gerade er über zwei Jahrzehnte befeuert hatte.

Anfang 2012 kann festgestellt werden: Autoritäre Regime gewinnen heute als politisches Modell, gleich in welcher Form, an Attraktivität. Und die vergleichende Politikwissenschaft nimmt dies nun auch endlich wahr.

Autoritäre Regime im 21. Jahrhundert – Ein Überblick

Nachfolgend werden Varianten von autoritären Regimen vorgestellt, die politische Antworten auf jeweils verschiedene Herausforderungen darstellen. Es handelt sich bei all diesen Regimen idealtypisch um autoritäre im Sinne der obigen Definition.

- 1) *Als politische Antwort auf die Herausforderungen der Modernisierung*
Politische Regime, die auf wirtschaftliches Wachstum, soziale Wohlfahrt und politische Stabilität setzen, jedoch auf liberale Rechte und politische Opposition „verzichten“. Beispiele: VR China, Russland und Singapur. Der Stadtstaat Singapur z. B. gilt als ein wirtschaftlich erfolgreiches und politisch relativ stabiles Regime. Dass mittels legaler Mittel die liberalen Freiheiten außer Kraft gesetzt werden, die politische Opposition unterdrückt wird und die Masse der Bevölkerung durch Beschneidung ihrer sozialen Rechte, Indoktrination und eine korporatistische Wohlfahrtspolitik in das System eingebunden wird, ist die andere Seite dieses „asiatischen Tigers“. Mit der VR China haben wir einen Fall, bei dem es nicht zum Zusammenbruch des totalitären Regimes kam, sondern dieses sich in ein autoritäres System transformiert hat, das heute international an Attraktivität gewinnt.

- 2) *Als politische Antwort auf die Enttäuschung über die Demokratie*
Sowohl aus der Unfähigkeit der Institutionen und der politischen Klasse mit ihren traditionellen Parteien, die sozialen Probleme der Massen zu lösen, als auch aus den nicht erfüllten Versprechen, die mit der (Wieder-)Einführung ziviler Herrschaft verbunden wurden, resultiert eine tiefe Enttäuschung in den Massen. Es entstehen Freiräume für neue, meist charismatische Führer jenseits der traditionellen politischen Klasse und Parteien. Diese versuchen, mit einem populistischen Politikstil den demokratischen Kern dieser Systeme auszuhöhlen und neue autoritäre

Strukturen zu etablieren. Die Stabilität dieser Regime ist vergleichsweise gering. Sie hängt stark von deren finanziellen Ressourcen ab. Beispiele: Peru in den 1990er Jahren unter Präsident Fujimori oder Venezuela heute unter Präsident Hugo Chávez.

3) *Als politische Antwort auf religiöse Überzeugungen und Bestrebungen*
Politische Systeme, in denen die Vorgaben religiöser Führer die Rolle weiterhin existierender Institutionen, wie Parlamente oder Gerichte, begrenzen und bei Bedarf auch aushebeln. Diese Regime stehen dem Typ der Theokratie nahe. Zwar ist die Zahl solcher Regime sehr gering (Iran), jedoch beobachten wir eine sich verstärkende Tendenz auf subnationaler Ebene, so z. B. in den nördlichen Bundesstaaten Nigerias oder in Teilen Malaysias.

4) *Als politische Antwort traditioneller Regime mit einer Renten-Ökonomie*

Politische Regime, die in traditionellen Herrschaftsformen (Monarchie, Emirate) organisiert sind und wirtschaftlich auf einer Renten-Ökonomie basieren, z. B. durch hohe Einnahmen aus dem Export von Erdöl. Wir beobachten hier eine dynamische Anpassung an parlamentarische Systeme mit der Etablierung von Parlamenten, Parteien und des Wahlrechts, wobei die politischen und Freiheitsrechte nur ein (kleiner) Teil der Bevölkerung (Männer, Einheimische) erhält. In den „Aufständen des Jahres 1432“ stellten gerade solche Regime, wie die Vereinigten Arabischen Emirate, Marokko oder Saudi Arabien, ihre Festigkeit unter Beweis.⁸

5) *Als politische Antwort auf das Zerbrechen bisheriger Staatlichkeit*

Politische Regime, die im Ergebnis des Auseinanderbrechens der bisherigen Staatlichkeit, wie im Falle der UdSSR, entstanden. In ihnen gehen wiedererstarke traditionelle Strukturen und weiter existierende Elemente des zerfallenen Systems eine Symbiose ein. Konkret sind hier Klanstrukturen eng mit Elementen aus dem Totalitarismus sowjetischer Prägung verknüpft, ob in den Sicherheitsstrukturen oder im Personenkult. Das wird in ein festes institutionelles Gefüge gepresst, in dem

8 Kleinwächter, Lutz / Krämer, Raimund: Der Aufstand des Jahres 1432. Aktuelle Umbrüche im Nahen Osten und die Weltpolitik. In: *WeltTrends*, Nr. 77 (März/April 2011), S. 7–17.

der Präsident die zentrale Stellung einnimmt. Plebiszite im Stile des Bonapartismus spielen auch hier eine besondere Rolle. Beispiele: zentralasiatische Republiken wie Kasachstan oder Turkmenistan.

6) *Als politische Antwort auf den völligen Zerfall von Staatlichkeit*

Politische Regime, die im Ergebnis von Bürgerkriegen und dem damit verbundenen Zusammenbruch bisheriger staatlicher Strukturen entstehen. Die politische Herrschaft wird in diesen *Failed States* entweder von Stammesführern oder von *Warlords* mit ihren Milizen ausgeübt. Diese autoritäre Herrschaftsform beruht auf unmittelbarer Gewalt und der Vermarktung von bestimmten Rohstoffen (z. B. Diamanten) – meist in enger Zusammenarbeit mit internationalen Konzernen. Es kommt oft zu quasistaatlichen Strukturen, wie Gerichten (zur Aburteilung politischer Opponenten) oder Zollbehörden in Häfen. Beispiele: Liberia in den 1990er Jahren und Somalia seit Anfang der 1990er Jahre.

Schleichender Autoritarismus im Westen

Wenn hier die These vom sich ausbreitenden Autoritarismus als einer globalen Tendenz formuliert wird, muss auch der Blick in den „Westen“ bzw. „Norden“, also auf die Demokratien in Europa und Nordamerika gerichtet werden. In den letzten Jahren können wir in vielen dieser politischen Systeme einen „schleichenden Autoritarismus“ beobachten, der heute in dem neuen (Mode-)Begriff der „Postdemokratie“ widergespiegelt wird. Dieser schleichende Autoritarismus lässt sich an folgenden Tendenzen festmachen:

- a) Faktische Entmachtung der parlamentarischen Strukturen
- b) Massiver Ausbau der Exekutive
- c) Abbau der liberalen Freiheiten und exzessive staatliche Überwachung
- d) Zunehmende Technokratisierung der politischen Prozesse
- e) Gestiegener politischer Einfluss kleiner, finanzstarker Gruppen
- f) Wachsende Macht einzelner Medien im politischen Prozess und
- g) verstärkte Übernahme von Souveränität durch demokratisch nicht legitimierte supranationale Strukturen.

Wir finden diese Tendenz nicht nur in präsidentiellen Demokratien, denen eine bestimmte „Neigung“ zum Autoritären unterstellt wird, so zumindest von Linz,⁹ sondern ebenso in parlamentarischen, sei es im „postdemokratischen Dezisionismus“ Italiens oder bei der „präventiven Gefahrenabwehr“ in Deutschland, die uns auf die „abschüssige Bahn“ zum „Überwachungsstaat“¹⁰ bringt. Der Prozess zum Autoritären wird in Zeiten der Krise besonders sichtbar; ja er verstärkt sich gerade in diesen Zeiten! So geschehen in den jüngsten Weltfinanzkrisen. Es war und ist die Stunde der Exekutiven, die „Rettungspakete“ von bisher ungeahntem Ausmaß schnüren und diese mit dem mahnenden Hinweis der Dringlichkeit im Eiltempo – ohne die nötige demokratische Debatte – durch die Parlamente schleusen. Die Frage ist dabei, in welchem Umfang und für welche Dauer diese Entscheidungen getroffen werden: Ob die Ausnahme zur Regel wird?

Wenn wir über autoritäre Tendenzen in unseren politischen Regimen nachdenken, dann dürfen wir nicht die technischen Entwicklungen wie Kommunikationstechnik, Gentechnologie oder Nanotechnologie und deren Einfluss auf das Politische vergessen. Vor allem ein Kernelement liberaler Freiheit und damit der Demokratie, die Privatheit, steht mit diesen neuen Techniken zur Disposition. Das Internet wird gern gepriesen, weil damit Gegenöffentlichkeit in autoritären Regimen hergestellt werden kann, wie in Südkorea in den 1990er Jahren oder im Ägypten des Jahres 2011. Aber das Internet wird ebenso von autoritären Regimen (erfolgreich) genutzt (China, Iran) und es kann (und wird) auch hierzulande angewandt, um liberale Rechte auszuhöhlen (Trojaner-Affäre).

Autoritäre Wende des Kapitalismus?

Peter Sloterdijk fragte 2005, ob der Weltkapitalismus nach seinem Sieg über den Kommunismus vor einer „autoritären Wende“ steht. Kehrt der Autoritarismus, der einst an der Wiege des Ka-

9 Linz, J. / Valenzuela, A.: *The Failure of Presidential Democracy: The Case of Latin America*. Johns Hopkins University Press. Baltimore and London 1994.

10 Leutheusser-Schnarrenberger, Sabine: Auf dem Weg in den autoritären Staat. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 1/2008, S. 69.

pitalismus stand, nach vielen Demokratiewellen als die politische Alternative zurück? Kapitalismus bedarf nicht der Demokratie, das zeigt ein Blick in die Geschichte. Die Entwicklung demokratischer Strukturen wiederum war und ist eine höchst komplexe und auch langwierige, wie wir bei der englischen Demokratie sehen. Diese Kompliziertheit gilt übrigens auch für totalitäre Regime, die mit außerordentlich großem Aufwand nur in bestimmten Konstellationen entstanden. Vielleicht bestätigt diese sich erneut verstärkende Tendenz zum Autoritären die Erkenntnis, die Juan Linz am Schluss seiner 300-seitigen Reflexion über das Autoritäre schlicht und einfach formuliert: Autoritäre Regime sind jene Form politischer Herrschaft, „die am leichtesten zu etablieren ist, leichter als totalitäre oder demokratische Regime. Sie funktionieren unter Bedingungen, die weder zu günstig noch zu ungünstig sind“.¹¹

Eine nüchterne Bilanz des ersten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts zeigt: Autoritäre Regime beziehungsweise autoritäre Lösungen sind eine bevorzugte und weit verbreitete politische Antwort auf die unterschiedlichen globalen Herausforderungen. Ein flüchtiger Blick zurück auf das Jahr 2011 mag das Gegenteil erkennen: Die Massen ergreifen ihr Schicksal, Tyrannen werden gestürzt und Technokraten herausgefordert. Der Aufstand scheint zu kommen. Ein zweiter Blick lehrt uns jedoch, dass es nach dem Sturz nicht zwangsläufig zu demokratischen Strukturen kommen muss, dass mit *Facebook* und *Twitter* nicht unbedingt liberale Freiheiten gestärkt wurden und autoritäre Strukturen, ob als Militärdiktatur, ziviles technokratisches Regime oder Monarchie, dem Frühlingserwachen in verschiedenen Regionen der Welt trotzten; ja es scheint, dass sie heute stabiler denn je sind. Diese Tendenz zum Autoritären ist eine globale. Das zur Kenntnis zu nehmen bedeutet nicht, einem neuen Determinismus zu huldigen. Eher sollte es uns zur kritischen Analyse ebendieser Strukturen ermutigen.

11 Linz 2011, S. 266.